

Neujahrsansprache 2021 Bürgermeister Bernd Killinger

„Wenn es holprig wird steigt man nicht aus, sondern man schnallt sich an.“

Mit diesem Sinnspruch habe ich Sie im Mitteilungsblatt in die Feiertage verabschiedet. Mit diesem Satz beginne ich auch diese Neujahrsansprache und wünsche Ihnen und Ihren Lieben, stellvertretend für den Gemeinderat, ein gutes, glückliches und gesundes neues Jahr.

860 Jahre Forst in Zeiten von Corona

Liebe Forsterinnen und Forster,

liebe Freunde in der Partnergemeinde Landsberg,

liebe Patenkompanie auf dem Eichelberg,

in diesem Jahr blickt die Gemeinde Forst zum 860. Mal auf die erste urkundliche Erwähnung zurück. In diesen 860 Jahren gab es gewiss so manchen Moment zur Freude. Es gab aber mindestens genauso viel Grund, wenn nicht noch mehr, zum Anschnallen (vgl. Chronik der Gemeinde Forst unter www.forst-baden.de). Das Positive dabei ist, dass wir alle Krisen der Vergangenheit erfolgreich hinter uns gelassen haben. Für die Bewältigung der Corona-Pandemie brauchen wir aber noch etwas Geduld. In meiner Weihnachtsansprache, die auf der Webseite der Gemeinde Forst veröffentlicht ist, habe ich darauf hingewiesen, dass uns die Pandemie auch noch weiter fest im Griff haben wird. Dies ist schon daran zu erkennen, dass in diesem Jahr der Neujahrsempfang ausfallen muss. Er reiht sich damit in eine lange Liste von ausgefallenen Veranstaltungen. Darunter sind echte Traditionsveranstaltungen, epochale Jubiläen und mehrere runde Geburtstage. Aber was sollen wir tun? Verzagen kommt nicht in Frage. Aufgeben auch nicht. Für Körper und Geist macht nur Sinn: Hoffnung bewahren, zuversichtlich bleiben, zusammenhalten! Und natürlich: angeschnallt bleiben!

Über die Biotonne Versuch und Irrtum

Zum 1. Januar wird der Landkreis die Biotonne einführen. Wie schön wäre es doch, wenn die von vielen nicht sehr sehnsüchtig erwartete Biotonne die Titelseiten unserer Zeitungen füllen würde? Dann würde es nämlich keine Pandemie geben. Vor dem Hintergrund der Pandemie erscheint so manche Diskussion der Vergangenheit geradezu lächerlich. Das mag vielleicht sogar einer der positiven Nebeneffekte der Pandemie sein. Sie hilft, dass wir uns auf das wesentliche Besinnen. Ein weiterer positiver Nebeneffekt ist, dass wir uns wieder daran erinnern, dass nahezu jede Entscheidung die wir zu treffen haben, mit gewissen Risiken und Unsicherheiten behaftet ist. Wir wissen immer erst hinterher, ob der eingeschlagene Weg der richtige war und das Problem oder die Herausforderung einer guten Lösung zugeführt wurde. Versuch und Irrtum haben nicht nur zur Erfindung des Automobils geführt (und natürlich des Anschnallgurtes und der ersten CO₂-neutrale Felge von Ronal), sondern auch zur Entdeckung des Corona Impfstoffs. Dennoch sind wir, auch nach der ersten Impfrunde in unserem Seniorenheim, noch lange nicht am Ziel. Bleiben wir genau deshalb weiter angeschnallt und auch vorbereitet, dass in den nächsten Wochen und Monaten nicht alles glatt laufen wird und Klassen- oder Gruppenschließungen in Schule und Kindergarten auch weiterhin zu unserem Alltag gehören könn(t)en. Lassen Sie uns dennoch gemeinsam hoffen, dass unser Pflegeheim weiterhin von Corona verschont bleibt, die Fallzahlen insgesamt in unserer Gemeinde auf niedrigem Niveau verharren und auch die Inzidenz im Land und im Landkreis sich wieder zügig unter die wichtige 50er-Marke bewegt. Das ist das Ziel, auf das wir gemeinsam mit der Vermeidung von Kontakten und, wo das nicht geht, mit Abstand- und Hygieneregeln und dann auch mit der Corona Impfung hinarbeiten müssen. Wollen wir hoffen, dass wir auf diesem Weg so wenige Vollbremsungen wie möglich erleben werden und vom Einsatz des Sicherheitsgurtes verschont bleiben.

Corona und das Ende des Wirtschaftsbooms

Kommen wir nun zu unseren kommunalen Fragestellungen. Bevor wir uns hier den konkreten Inhalten zuwenden, müssen wir zuvorderst den Blick auf den finanziellen Rahmen richten und uns dabei in Erinnerung rufen, dass der Haushalt 2020 nach vorausgegangener Streichrunde in der öffentlichen Haushaltsberatung mit einem geplanten Minus von rund 4 Millionen Euro verabschiedet wurde. Ein Sprichwort sagt: „Über Geld redet man nicht, Geld hat man.“ In den zurückliegenden 10 Jahren konnte

der Staat und auch die meisten Kommunen mit immer weiter steigenden Einnahmen planen. Dies lag an der florierenden Wirtschaft und der Tatsache, dass das Bruttoinlandsprodukt bis 2019 zum zehnten Mal in Folge gestiegen war (Statistisches Bundesamt, 15.01.2020). **Aktuell sieht es anders aus!** Noch nie war es so schwierig zu einer sinnvollen Jahresplanung zu kommen. Wie hoch werden unserer Einnahmen in 2021 sein? Haben wir uns eher auf sinkende Einnahmen einzustellen (was ich persönlich für realistisch halte) oder dürfen wir mit einer schnellen Erholung rechnen, wie sie verschiedene Experten und die Schlagzeilen überregionaler Zeitungen prophezeien: „Ungebrochener Optimismus: Strategen erwarten glänzendes Jahr am US-Aktienmarkt (Handelsblatt, 02.01.2021)“, „Wirtschaftsweise erwarten bessere Konjunktur“ (SZ, 02.01.2021), „Corona als Konjunkturprogramm“ (Spiegel, 02.01.2021), „Chinas Wirtschaft wächst“ (SZ, 02.01.2021), „Dax und MDax auf Rekordhoch – und US-Börsen sowieso“ (ManagerMagazin, 28.12.2020), „Ifo-Geschäftsklima: Aussicht auf Impfung sorgt für Optimismus“ (Bayerischer Rundfunk, 18.12.2020).

Die Lage ist aktuell schwer einzuschätzen. Wie in jedem Jahr werden wir uns bei unser Planung des Haushalts an den Steuerschätzungen von Bund und Land orientieren. Unabhängig von diesen Zahlen wird hinter den Kulissen darüber debattiert, was mit Blick auf die Ausgabenpolitik der Kommunen der richtige Weg ist. Vielerorts macht sich gerade ein gewisser „Zweckoptimismus“ breit, der verknüpft wird mit dem Hinweis, dass die Kommunen nun zu investieren hätten, um die Wirtschaft (hier ist hauptsächlich die Bauwirtschaft gemeint) zu stützen. Dieser Haltung ist durchaus einiges abzugewinnen, insbesondere dann, wenn jene Experten Recht behalten, die in Zukunft (ausgelöst von der Krisenbewältigungspolitik mit Hilfsprogrammen und billigem Geld) von deutlich steigenden Preisen ausgehen (z. B.: „Experten erwarten steigende Preise: Kommt die Inflation zurück?“, Augsburger Allgemeine, 09.10.2020). Bekanntlich bevorteilt die Inflation den Schuldner. Das klingt schon fast wie eine Aufforderung „zur Kreditaufnahme auf Teufel komm raus.“ Das genau gegenteilige Signal sendete jedoch der Präsident der Deutschen Bundesbank noch im alten Jahr: „Jens Weidmann warnt Staaten vor einer Zinswende.“ (Handelsblatt, 31.12.2020). Der konservative Kämmerer, der mit Augenmaß plant, ist in einer solchen Situation sicher ein „guter Kämmerer“. So wollen wir es auch zukünftig handhaben. Gleichzeitig müssen wir im Auge behalten, dass unser Investitionsbedarf durchaus beträchtlich ist,

wenn wir unsere Infrastruktur in Leistungsfähigkeit und Wert erhalten und gleichzeitig auch die Zukunft gestalten wollen.

Wir können uns leisten, was wir langfristig finanzieren können

Forst steht in der Region für eine Gemeinde mit einem umfassenden freiwilligen Angebot für die Einwohnerinnen und Einwohner. Forst ist lebenswert, weil die Bürgermeister Alex Huber und Reinhold Gsell sowie die verantwortlichen Gemeinderäte mutig den Infrastrukturausbau gestaltet haben. Forst ist in der Region bekannt für den Heidensee und die Sportanlagen – Waldseestadion und -halle mit Alex Huber Forum – für die Bücherei und die Musik- und Kunstschule, für das Jägerhaus, das Jugendhaus und das Lehrschwimmbekken, für einen umfassenden kommunalen Wohnungsbestand, das Pflegeheim und eine großzügige Vereinsförderung.

Diese Leistungen leisten wir uns gerne und wir möchten sie uns auch in Zukunft leisten (können). Wir können uns aber nur leisten, was wir langfristig auch finanzieren können. In Forst hatte man schon immer einen guten Überblick über die Abschreibungen und damit über die Finanzmittel, die man erwirtschaften und auch zurücklegen sollte, um zu gegebener Zeit in den Werterhalt investieren zu können. Das Neue Kommunale Haushaltsrecht (Doppik) „zwingt“ uns in Zukunft, diese Abschreibungen zu erwirtschaften. Die Abschreibungen erklären zu einem großen Teil das erhebliche, geplante Defizit im Haushalt 2020. Corona bedingte Einnahmefälle schlagen ebenfalls umfassend zu Buche. Die Abschreibungen werden wir nicht wieder los und die abschwungsbedingten Einnahmefälle vermutlich nicht so schnell. Bereits im Frühjahr hat der Gemeindetag Baden-Württemberg (der Spitzenverband der Gemeinden in Baden-Württemberg) darauf hingewiesen, dass selbst wenn es zu einer V-förmigen Erholung der Wirtschaft kommt, es mindestens fünf Jahre dauern wird, bis das Einnahmenniveau von 2019 wieder erreicht sein wird.

Absehbar wird uns mittel- bis langfristig Geld in der Kasse fehlen, dass wir für die Finanzierung unserer Infrastruktur dringend benötigen. Ausgaben, die durch ein strukturelles Angebot ausgelöst werden, können eigentlich nur im Rahmen einer strukturellen Überprüfung einer Bewertung zugeführt werden. Bei dieser Prüfung muss zudem der Blick weit über den Haushalt hinaus geöffnet werden. Die Fragen müssen lauten: Was wollen wir uns weiterhin leisten? Und welche Zukunftsthemen wollen wir gestalten, um an der Spitze der Gemeinden in der Region zu bleiben? Bekanntlich

kann jeder Euro nur einmal ausgegeben werden und aktuell schaffen wir es nicht, mit unseren Einnahmen den Bestand zu finanzieren und zu erhalten. An die Gestaltung von Zukunftsaufgaben – Digitalisierung, Klimaschutz, Erweiterung Seniorenheim, bauliche Zukunft von Musik- und Kunstschule sowie Jugendhaus - ist da nur schwer zu denken. Forst steht doch mit Blick auf den Haushalt gut da, könnte jetzt mancher sagen. Der Schuldenstand ist niedrig und es gibt noch Rücklagen auf dem Konto. Das ist richtig, aber die Forster Infrastruktur ist in die Jahre gekommen und der Investitionsbedarf groß; größer als uns lieb sein kann. Allein der Teilneubau des Kindergarten St. Franziskus hat bereits zu einer Kreditaufnahme von 1 Million Euro geführt. Darüber hinaus offenbart der Gebäudezustandsbericht erheblichen Sanierungsbedarf, dem es in Zukunft auch bei der Haushaltsplanung gerecht zu werden gilt. Hier zur richtigen Zeit an der richtigen Stelle Geld in die Hand zu nehmen, wird auch die weitere Umsetzung des bestehenden Klimaschutzkonzeptes erlauben. Auch bei der Straßensanierung gibt es einen Sanierungsstau, der eigentlich als systematisch gelten kann, weil hier in der Vergangenheit – und auch ich habe das bereits mit zu verantworten - im Rahmen der „Ausgabenverschiebung“ Luft für andere Projekte im Haushalt geschaffen worden ist. Die Straßensanierung muss zukünftig mit der Umsetzung des Lärmaktionsplans und des Radverkehrskonzeptes zusammen gedacht werden, damit die finanzintensive Umsetzung eine echte Berechtigung erhält. Zuvorderst müssen wir deshalb auf Grundlage der vorhandenen Infrastruktur einen echten Kassensturz machen.

Das Erfordernis einer strukturellen Kostenüberprüfung hat auch die Verwaltung erkannt und der Gemeinderat hat deshalb bei der Haushaltsverabschiedung im Sommer darauf bestanden, den Haushalt nur zu beschließen, wenn zeitgleich eine Haushaltsstrukturkommission ins Leben gerufen wird. Damit sind wir dann auch einer Forderung der Kommunalaufsichtsbehörde zugekommen, die den Haushalt 2020 nur mit der Auflage genehmigt hat, dass eine strukturelle Überprüfung der Finanzsituation in die Wege geleitet wird. Die Haushaltsstrukturkommission hat sich im September konstituiert und besteht aus den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses. Der Prozess ist auf mindestens 2-3 Jahre angelegt. Auf Vorarbeit der Verwaltung empfiehlt die Haushaltsstrukturkommission dem Gemeinderat Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung, über die dann das Hauptgremium beschließt und die schlussendlich zeitnah von der Verwaltung umgesetzt werden.

2020 war arbeitsreich und erfolgreich

Blicken wir nun gemeinsam zurück auf das vergangene Jahr (vgl. hierzu auch den Jahresrückblick in diesem Mitteilungsblatt) und wagen wir einen Ausblick auf 2021.

Das Jahr 2020 war für die Verwaltung und die kommunalen Einrichtungen ein arbeitsreiches und erfolgreiches Jahr, in dem umfassende Weichenstellungen erfolgt und zentrale Projekte zum Abschluss gebracht worden sind. Überlappt wurde die tägliche Arbeit natürlich von der Pandemie, die insbesondere an Kindergärten, Schule, Pflegeheim, Bücherei, Jugendhaus, Heidensee, Waldseehalle- und Waldseestadion mit Alex Huber Forum und der Ordnungsbehörde den normalen Alltag gänzlich auf den Kopf gestellt hat. Phasenweise musste der Normalbetrieb in den genannten Einrichtungen eingestellt oder grundlegend modifiziert werden. Überall kam es neben dem normalen Tagesgeschäft zu erheblichen Mehrbelastungen und dennoch wurde mit hohem Engagement an der Weiterentwicklung der Gemeinde gearbeitet.

Die Umstellung auf das Neue Kommunale Haushaltsrecht wurde vollzogen, die Haushaltsstrukturkommission gestartet, die Kinderbetreuung auf ein breiteres Fundament gestellt und konzeptionell weiterentwickelt, der Waldkindergarten und zwei TigereR-Gruppen eröffnet, die Zweizügigkeit der Schule erreicht und die Entwicklung zur SmartSchool gestartet, die ablehnende Forster Haltung zum Ausbau der B 35-Ostast wurde im Scoping-Verfahren unterstrichen, die Voraussetzungen zur Aufnahme in die Arbeitsgruppe Schienengüterverkehr für die Neubau-/Ausbaustrecke der Gütertrasse von Mannheim nach Karlsruhe wurden geschaffen, das Familienzentrum wurde mit Fördermitteln des Landes und in Kooperation im Jägerhaus eingerichtet und in Betrieb genommen, im Jägerhaus wurden auch die Voraussetzungen für ein weiteres repräsentatives Trauzimmer geschaffen, so dass zukünftig kleine, mittlere und große Trauungen zentral im repräsentativsten historischen Gebäude der Gemeinde angeboten werden und auf Wunsch mit kleinen Stehempfängen in der Jägerscheuer kombiniert werden können. Beim Land wurden erfolgreich Finanzmittel in sechsstelliger Höhe für ein energetisches Quartiersmanagement und die Machbarkeitsprüfung einer Nahwärmeversorgung beantragt, die Stellplatzsatzung und der Lärmaktionsplan wurden weiterentwickelt, so dass im aktuellen Jahr die Voraussetzungen für eine Beschlussfassung durch den Gemeinderat geschaffen ist.

Viel vor in 2021

Kommen wir nun zum Ausblick für 2021 und nehmen wir uns auch hier zunächst einmal die finanziellen Fragestellungen vor, bevor wir zu den konkreten Projekten kommen.

Um zukünftig handlungsfähig zu sein, ist es wichtig für einen stabilen finanziellen Rahmen zu sorgen. Gemeinderat und Verwaltung sind sich hier einig, dass die Angebote die Forst lebenswert machen, unbedingt zu erhalten sind. Es wird sich jedoch die Frage stellen, wieviel wir uns zukünftig von den Angeboten noch leisten können. Klar muss dabei sein, dass es für jedes Angebot auch das erforderliche Personal braucht. Die Digitalisierung in unserer Gemeinde – an der Schule genauso wie in der Verwaltung – kann mit dem vorhanden Personal und in den vorhandenen Strukturen nicht zielführend gestaltet werden. Hier müssen wir zukünftig zu anderen Lösungen kommen. In der aktuellen Situation ist es nachvollziehbar, dass diese Herausforderung nicht einfach mit einer Ausweitung des Stellenplans beantwortet werden kann, weil sich dadurch das finanzielle Ungleichgewicht weiter vergrößern würde. Demnach braucht es sinnvolle Umstrukturierungen, die insbesondere aus Verrentungen oder interner Umgestaltung erwachsen, was in einer kleinen Verwaltung jedoch alles andere als einfach umzusetzen ist. Auch hier werden wir die erforderlichen Prüfprozesse in die Wege leiten, um dann gemeinsam mit dem Gemeinderat zu Entscheidungen zu kommen. Unbestritten werden diese Prozesse auch Auswirkungen auf Sie – sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger – haben, weil es nicht möglich ist, Funktionsstellen einzusparen, ohne dass sich dies irgendwo im Serviceangebot niederschlagen wird.

Mit Blick auf den kommunalen Immobilienbestand sieht die Verwaltung aktuell mehrere Ansatzpunkte im Rahmen der Konsolidierung. Der kommunale Mietwohnungsbestand verursacht jedes Jahr ein Defizit in fünf- bis sechsstelliger Höhe und das, obwohl andernorts mit Immobilien Geld verdient wird. Ursächlich ist hierfür ein bisweilen sehr alter Wohnungsbestand, der für weit unterdurchschnittliche Mieten auf dem Wohnungsmarkt angeboten wird und die Tatsache, dass die Wohneinheiten aufgrund von Größe und Charakter nicht wirtschaftlich gemanagt werden können. Nach der erfolgreichen Veräußerung der Hambrücker Straße 50 wird die Verwaltung dem Gemeinderat weitere Immobilien zur Veräußerung vorschlagen und verfolgt damit mehrere Ziele gleichzeitig. Erstens, als Sonderergebnis entlastet der

Immobilienverkauf den Haushalt. Zweitens, trennen wir uns von Immobilien, die niemals kostendeckend vermietet werden können und entlasten hierbei das kommunale Gebäudemanagement und den Bauhof, die sinnvoll nur größere Einheiten verwalten und pflegen können. Drittens, veräußern wir Immobilien, die kurz- bis mittelfristig einen erheblichen Sanierungsbedarf haben und vermeiden so, dass in den nächsten Jahren umfassend Finanzmittel bereitgestellt werden müssen. Sie sehen also, dass es um weit mehr geht, als nur um den Verkauf von Tafelsilber.

Die Verwaltung wird dem Gemeinderat außerdem vorschlagen, dass wir von den in der Gemeinde vorhandenen 15 Spielplätzen eine über 1500 Quadratmeter große Spielplatzanlage deutlich verkleinern und die frei werdende Fläche einer Wohnbebauung zuführen. Darüber hinaus wird die Verwaltung vorschlagen, dass wir uns von zwei weiteren kleinen Spielplätzen trennen und mit den vorhandenen Spielgeräten einen Spielplatz in unmittelbarer Nähe sowie weitere Spielplätze aufwerten. Auch mit dieser Maßnahme können gleich mehrere Ziele erreicht werden, ohne dass es für die Bevölkerung zu inakzeptablen Belastungen kommt: Erstens, das Sonderergebnis durch Baulandveräußerung entlastet den Haushalt. Zweitens, der Pflegeaufwand im öffentlichen Raum reduziert sich für die Verwaltung und reduziert damit unbefristet den Aufwand im Haushalt.

Aktuell sammelt die Verwaltung Konsolidierungsvorschläge, die aus den eigenen Reihen von Mitarbeitern gemacht werden, ebenso wie Vorschläge, die aus der Mitte des Gemeinderats unterbreitet werden. Vereinzelt sind auch schon Empfehlungen aus der Bevölkerung eingegangen. Dafür bedanke ich mich ganz herzlich und ich möchte Sie ermutigen, mir auch weiter Vorschläge zuzusenden. Ich werde alle Hinweise ernst nehmen und einer Prüfung zuführen.

An dieser Stelle sei auch noch einmal erwähnt, dass ich im Rahmen der Einrichtung eines „Freigestellten Schülerbusverkehrs“ von Weiher über Forst nach Hambrücken und zurück, als Gegenfinanzierungsvorschlag für den Forster Kostenanteil Mittel eingebracht habe, über die ich im Rahmen meiner Jubiläumsbesuche selbst verfüge. In Zeiten, wo wir uns ernsthaft um Haushaltskonsolidierung bemühen ist jede neue Ausgabe besonders zu begründen und auch mit einem Kostendeckungsvorschlag zu versehen. Die Kürzung der Repräsentationsmittel ist mir nicht leichtgefallen, weil die Geschenke der Gemeinde immer eine gewisse Wertschätzung erfahren haben. In der Abwägung, langfristig die Zweizügigkeit unserer Schule zu sichern, scheinen die

Finanzmittel dort jedoch am besten investiert, weil bekanntlich „Bildung die besten Zinsen“ bringt. In diesen arbeitsreichen Zeiten werde ich auch weiterhin im Rahmen meiner Möglichkeiten mit großer Freude und größtem Respekt vor den Jubilaren so viele Jubiläumsbesuche wie möglich persönlich durchführen und für einen würdigen Rahmen sorgen.

Neben der Aufgabenkritik – die in Konsolidierungsprozessen immer Vorrang haben muss – werden wir auch nicht umhinkommen, uns der Einnahmenseite zuzuwenden. Im vergangenen Jahr hat der Gemeinderat die neue Hundesteuersatzung auf den Weg gebracht, die prozentual betrachtet zu einer deutlichen Steigerung der Hundesteuer führen wird, in absoluten Beträgen aber nach umfassender Diskussion von einer sehr großen Mehrheit des Hauptgremiums als verantwortbar betrachtet wurde. Dieser Steuererhöhung war bereits im Sommer 2020 mit dem Haushalt beschlossen worden, ist aber erst zum Jahresende hin in einer Satzung umgesetzt worden, die ab 1. Januar gilt. Eine Gewerbe- und Grundsteueranpassung wird seit über zwei Jahren umfassend diskutiert und wird von einer Mehrheit auch als dringend notwendig erachtet. Wäre der Haushalt 2020 noch vor der Pandemie einer Beschlussfassung zugeführt worden, dann wäre die Steuererhöhungen sicher beschlossene Sache. Da die Doppikumstellung zu erheblichen Verzögerungen und zu einem Haushaltsbeschluss erst im Frühsommer 2020 geführt hat, wurde die Steuererhöhungen ausgesetzt. In diesem Jahr steht das Thema nun erneut zur Entscheidung an und muss aus meiner Sicht auch beschlossen werden. Nicht um für die Verwaltung neue Handlungsspielräume zu eröffnen, sondern schlicht um einen Beitrag zur Durchfinanzierung vorhandener Infrastruktur zu gewährleisten, die nicht mehr gegeben ist.

Steuererhöhungen sind nie gewünscht und auch nie günstig. Wenn Sie umgesetzt werden, dann sollte man Steuererhöhungen in Aufschwung- und nicht in Abschwung-Zeiten realisieren. Das war mehrfach Teil der Diskussion. Dennoch wurde dieser Moment in einem zehnjährigen Wirtschaftswachstum versäumt, was ich persönlich sehr bedaure.

Sollten wir in diesem Jahr wieder nicht zu einem Beschluss kommen, den wir nun bereits zum dritten Jahr in Folge diskutieren, dann muss ich darauf bestehen, dass jeder der gegen die Erhöhung stimmt bitte Vorschläge unterbreiten möge, wie wir kurzfristig zu „echten Einsparungen“ in finanzieller Höhe der erwarteten zusätzlichen

Steuereinnahmen kommen können. Unser Timing für Steuererhöhungen ist schlecht, aber alle Versuche dies besser zu gestalten, sind ins Leere gelaufen. Jetzt gilt es in den sehr sauren Apfel zu beißen und zu vollziehen, was wir nicht besser hinbekommen haben, obwohl wir die Gelegenheit dazu hatten.

Kindergartenneubau und zulässige Höchstgeschwindigkeit als Themenschwerpunkt im neuen Jahr

Kommen wir nun zu den einzelnen Projekten, die uns in 2021 auf besondere Weise beschäftigen werden.

Das Jahr wird besonders erfreulich starten. Der Teilneubau des Kindergarten Franziskus wird seiner Bestimmung übergeben werden können. Von vielen sehnlichst erwartet wird der Neubau endlich für die Kinderbetreuung zur Verfügung stehen und damit das Provisorium aus Containern ablösen. Der Entscheidungs- und Realisierungsprozess hat über 2 Jahre gedauert. Mit dem Neubau wird es mittelfristig die Möglichkeit geben, auch im Kindergarten Franziskus die Kleinkindbetreuung weiter auszubauen und zu gegebener Zeit eine weitere Krippengruppe anzubieten.

Da es aktuell auch eine sehr starke Nachfrage nach Betreuungsplätzen für über 3-jährige gibt, wurde im Oktober eine Waldkindergartengruppe direkt neben dem Waldspielplatz eröffnet. Mit diesem Angebot stärken wir die Trägervielfalt und machen darüber hinaus ein bislang nicht dagewesenes naturnahes Betreuungsangebot, das zudem der Platznachfrage gerecht wird. Aktuell sind noch Waldkindergartenplätze frei und Anmeldungen willkommen.

Die neuen TigER-Gruppen stärken die Kindertagespflege. Hier werden Kinder in kleinen Gruppen im häuslichen Umfeld betreut. Das Angebot ist besonders geeignet für Eltern die lange berufstätig sind und umfassendere Öffnungszeiten benötigen, als in den Kitas angeboten werden. Schön wäre es, wenn es in Forst noch mehr „Tageseltern“ geben könnte, die nach einer Ausbildung durch den Tageselternverein im privaten Umfeld eine Betreuung anbieten würden. Interessierte Personen können sich direkt an den Tageselternverein Bruchsal wenden.

Die wohl größte konzeptionelle Herausforderung ist jedoch die Weiterentwicklung der kommunalen und kirchlichen Betreuungsangebote. Zukünftig soll es in allen vier Einrichtungen „einheitliche“ Ganztagesangebote (GT), bestehend aus einer „kurzen

GT“ und einer „langen GT“ geben. Darüber hinaus wird es transparente Zuteilungskriterien für die Kindergärten geben, die zeitnah bekannt gemacht werden. Ziel dieser Neukonzeption ist es den Eltern ein weitgehend einheitliches Betreuungsangebot zu bieten, das dem Leitspruch „kurze Beine, kurze Wege“ noch stärker gerecht wird. Die Tatsache, dass es in der Vergangenheit zu wenige U3-Angebote und bisweilen kein Ganztagesangebot in mancher Einrichtung gegeben hat, hat zu unnötigen Wegstrecken und unnötigen Brüchen in der „Kindergartenkarriere“ geführt.

Für mich persönlich bedauerlich ist, dass diese konzeptionelle Neuausrichtung nicht mehr Zeit zum „etablieren und wachsen“ in der ursprünglichen Einzugsgebietszuteilung erhalten hat. Diese Zeit wäre insbesondere wichtig gewesen, um die Voraussetzungen zu schaffen, dass alle Einrichtungen im Rahmen der Bedarfsplanung voll leistungsfähig sind. Das ist gegenwärtig nicht gewährleistet, was aus meiner Sicht von den Eltern bei der Kindergartenanmeldung berücksichtigt werden wird und zu Überbuchungen einzelner Einrichtungen führen wird. Das ist ggf. zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal einer Bewertung zuzuführen und es würde mich sehr freuen, wenn ich mit meiner Einschätzung falsch läge.

Im diesem Jahr, voraussichtlich noch im Winter, wird der Gemeinderat über zwei weitere konzeptionelle Fragestellungen zu entscheiden haben. Das eine ist die Stellplatzsatzung, die für Bereiche ohne Bebauungsplan regelt, dass bei Neubauprojekten ausreichend Parkraum für die zukünftigen Bewohner geschaffen wird. Aktuell kommen auf jeden Forster Haushalt durchschnittlich 1,5 Fahrzeuge. Das ist auch die Mindeststellplatzforderung der Stellplatzsatzung. In Bereichen, wo schon jetzt nachweislich das Parken ein Problem ist, werden sogar 2 Stellplätze pro Wohneinheit verlangt werden. Damit orientieren wir uns an den Regelungen, die in den neueren Bebauungsplänen enthalten sind und übertragen diese auf die Bereiche, wo keine Regelungen vorhanden sind. Im Rahmen der Diskussion um die Stellplatzsatzung formulieren einzelne Akteure auch den Wunsch nach einem Parkraummanagement für die Gemeinde. Parkraummanagement funktioniert in der Regel so, dass durch Parkverbote bestimmte Bereiche zugunsten des fließenden Verkehrs – auch des Radverkehrs, was ich grundsätzlich begrüßen würde – freigehalten werden. Dadurch würde der Parkraum in Forst weiter verknappt. Das mag in der Innenstadt einer Großstadt funktionieren, wo ein Bezahlparkplatz in einer

Tiefgarage angeboten wird oder die Innenstadt über die Straßenbahn erreicht werden kann. Ich kann aber nicht erkennen, dass dies auch in Forst erfolgversprechend wäre. Eine Verknappung von Parkplätzen kann in Forst deshalb lediglich zum Ziel haben, Anwohner, die ihre Fahrzeuge im öffentlichen Raum abstellen, durch Parkverbote in die eigenen Hofeinfahrten zu zwingen. Auch ich bin überzeugt, dass es hier noch Stellplatzpotential gibt und wünsche mir, dass dies zukünftig noch besser genutzt wird. Deshalb bitte ich alle Sandhasen: Parken Sie immer im eigenen Bau (das klingt schöner als Mulde, wohl wissend, dass Hasen keinen Bau graben, sondern in Mulden schlafen). Bitte prüfen Sie die Parkmöglichkeiten auf Ihren eigenen Grundstücken und nutzen Sie diese soweit wie möglich. Bitte verzichten Sie grundsätzlich darauf das Fahrzeug vor dem Haus im öffentlichen Verkehrsraum abzustellen, wenn Sie über Tiefgaragenstellplätze verfügen. Bitte schaffen Sie sich Wohnmobile oder Wohnwagen nur an, wenn Sie über einen geeigneten, auch angemieteten, Stellplatz verfügen.

An dieser Stelle erlaube ich mir noch an die Kandidatenvorstellung zur Bürgermeisterwahl in der Waldseehalle im Sommer 2017 zu erinnern. Auf die Parkproblematik angesprochen habe ich damals frei zugegeben, dass ich dafür keine einfache Lösung sehe. Das Problem ist Jahrzehnte alt und wenn es sinnvolle Lösungen gäbe, dann wären diese längst umgesetzt. Forst ist für eine Gemeinde dieser Größe schon sehr stark verdichtet und dies wird im Rahmen der Nachverdichtung weiter fortgesetzt. Dieses Problem werden wir nicht im öffentlichen Raum, sondern nur auf privatem Grund und Boden lösen können. „Ein gutes Miteinander, Rücksichtnahme und die Bereitschaft für die eigenen Fahrzeuge eine Lösung auf eigenem Grund und Boden zu finden sind der Schlüssel zur Problemlösung“, so hat es ein erfahrener Forster mir erklärt. Ich bin der Meinung, dass er Recht hat. Persönlich werde ich deshalb das Thema Parkraummanagement keiner weiteren Bearbeitung zuführen, solange mir nicht nachvollziehbar und verständlich dargelegt worden ist, warum und weshalb das eine Lösung für Forst sein kann.

Auch der Lärmaktionsplan wird vermutlich noch diesen Winter dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Wie schon bei der ersten Version der Lärmaktionsplanung von vor 5 Jahren ist eine kostengünstige und wirksame Methode zur Lärmreduzierung die Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit. Für die Forster Hauptdurchgangsstraßen, wo die Lärmbelastung am höchsten ist, schlägt deshalb das Ingenieurbüro eine Reduzierung auf 40 km/h vor. Noch wirksamer wäre

Tempo 30, aber nicht zuletzt aufgrund des Vetos des Karlsruher Verkehrsverbunds, der für den Betrieb des Busverkehrs zuständig ist, ist eine solche Lösung außer Reichweite. Der Hinweis, dass der Umlauftakt der Busse bei einer weiteren Geschwindigkeitsreduzierung gefährdet sei, muss ernst genommen werden. Wenn man jedoch sieht, dass in der Region aus Lärmschutzgründen auf Bundesstraßen Tempo 30 umgesetzt wird, dann ist klar, dass dies auf einer Gemeindestraße ebenfalls möglich sein muss. Dieses Thema wird mittelfristig auf Kreistageebene einer weiteren Bearbeitung zugeführt werden müssen.

Ausgehend von den Festsetzungen des Lärmaktionsplans möchte die Verwaltung noch einen Schritt weitergehen. Für mich persönlich ist aktuell nicht nachvollziehbar, warum es in unserem Ort insgesamt drei Tempobereiche (Tempo 30, 40 und 50) gibt. Noch nicht einmal alle Forster wissen, wo welche Geschwindigkeit gilt. Aufgesetzt auf dem Lärmaktionsplan wird die Verwaltung deshalb eine weitere Vereinheitlichung vorschlagen mit dem Ergebnis, dass auf den Hauptdurchgangsstraßen in Forst zukünftig (und fast durchgängig) Tempo 40 und in allen anderen Teilen der Ortskernwohngebiete Tempo 30 gelten wird. An dieser Stelle möchte ich einen weiteren Wunsch formulieren: Alle Verkehrsteilnehmer, die Forst von Hambrücken in Richtung Bruchsal durchfahren, mögen in Zukunft doch bitte der offiziellen Wegweisung über den Bruchsaler Rasthof und die Autobahn zur Ausfahrt Bruchsal folgen. Das wäre für Sie eine schnelle Verbindung und für Forst mit Blick auf den Verkehr eine echte Entlastung.

Bleiben wir beim Straßenverkehr. Eigentlich zur Umsetzung in 2020 war die Sanierung der Gemeindestraße auf der Höhe „Abfahrt Heidesee“ vorgesehen. Aus Kapazitätsgründen wird die Umsetzung erst in 2021 erfolgen können. Diese Straße ist längst abgeschrieben. Für die Abschreibungen im Haushalt ist sie also keine Belastung mehr. Sie ist aber auch ein Muster dafür, wie abgeschriebene Infrastruktur im Falle der erforderlichen Sanierung richtig ins Kontor hauen kann und im Haushalt große Summen für die Ertüchtigung bereitgestellt werden müssen. Ebenfalls in der Weiherer Straße wird auf Höhe der Viktor-Wildschütte-Straße das Radverkehrskonzept weiter umgesetzt, um für den Radverkehr aus eben jener Straße eine einfache Querung der Weiherer Straße auf den dort verlaufenden Radweg zu ermöglichen.

Eine weitere Großinvestition ist uns unsere Feuerwehr wert. Der Gemeinderat hat bereits in 2020 ein neues Feuerwehrauto in Auftrag gegeben. Die Feuerwehr ist für unsere Sicherheit da, aber wie wir zu Nikolaus erfahren durften, auch um das Wohlbefinden unseres Nachwuchses bemüht. Die Jugendfeuerwehr steht allen offen, die nicht nur an Nikolaus ausgerufen haben: „Papa, ich werde Feuerwehrmann.“ Das gilt natürlich auch für alle interessierten Mädchen.

An dieser Stelle ist es mir ein Anliegen, noch das Ehrenamt in den Blick zu nehmen. Ihnen stehen weiterhin schwierige Monate bevor. Vieles was Ihr Ehrenamt auszeichnet kann aktuell und vermutlich auch auf absehbare Zeit nicht stattfinden. Der Fasching ist abgesagt, aber der virtuelle Fastnachtsauftakt hat sehr viel Freude gemacht. Ich danke allen, die diese schwierige Zeit kreativ und mit guten Ideen gestalten. Ich danke denen, die auf Distanz gehen, um andere nicht zu gefährden. Ich danke denjenigen, die auch über den eigenen Verein hinaus andere in den Blick nehmen und Hilfe und Unterstützung anbieten und die für die Lebensrettung da sind. Ich danke allen, die sich an die Planung von Veranstaltungen im Frühjahr und Sommer machen, obwohl Sie noch nicht wissen, ob die Mühen von Erfolg gekrönt sein werden. Man kann nicht mit angezogener Handbremse planen. Man gibt Vollgas oder man lässt es sein. Ich danke ihnen fürs „Vollgas geben“, weil es belegt, dass Sie an die Zukunft glauben und damit ein Vorbild für uns alle sind. Ich bedanke mich bei den Personen, die in diese Zeit hinein sogar einen neuen Verein, den Modellbau-Club Forst e. V., gegründet haben. Auch Sie machen uns allen Mut und Hoffnung, weil Sie positiv nach vorne blicken.

Der Haushalt für das Jahr 2021 soll im Frühjahr verabschiedet werden. Im Rahmen der Verabschiedung werden weitere Schwerpunkte für dieses Jahr festgelegt werden. Wir werden sicherlich noch einiges oben drauf packen und dafür Sorge tragen, dass weitere Zukunftsthemen für die Gemeinde Forst einer guten Bearbeitung zugeführt werden.

Mit besonderer Freude blicken wir auf zwei Veranstaltungen des Landkreises in diesem Jahr. Das Landratsamt hat eine Kreistagssitzung in der Waldseehalle/Alex Huber Forum angekündigt und der Landrat hat sich im Frühjahr im Rahmen der Kreisbereisung in Forst angemeldet. Ich freue mich sehr, ihm eine Gemeinde mit hervorragenden Angeboten präsentieren zu können, die lebendig ist und in der auch in der Pandemie der Zusammenhalt und das Miteinander großgeschrieben wird.

Bleiben wir zuversichtlich und stellen wir uns den Herausforderungen und Aufgaben die auf uns warten und sich noch für uns ergeben werden. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass die nächste Generation, wenn sie in eine spätere Forster Chronik blickt, aus unserer Bewältigung der Pandemie Mut und Hoffnung für ihre Aufgaben schöpfen kann – egal wie schwierig diese sein mögen.

Im Namen des Forster Gemeinderats und auch ganz persönlich wünsche ich Ihnen alles Gute im neuen Jahr und bleiben Sie gesund!

Bernd Killinger

Bürgermeister